Lernen aus der Geschichte *- 3 Exzerpte -*

1. Geschichtsbewusstsein und posttraditionale Identität - die Westorientierung der Bundesrepublik -

Jürgen Habermas, 1987 in Kopenhagen

In der Zeit um den Ersten Weltkrieges wurde in Deutschland der **Traum von einer Hegemonie der Mittelmächte** diskutiert, ein Traum von der Romantik bis *Heidegger* mit antizivilisatorischen und antiwestlichen Unterstrom. Dieser Traum ist während der Nazizeit sozialdarwinistisch zugespitzt worden. Haben die Bürger der BRD sich von diesem „deutschen Sonderweg“ losgesagt, der sich erst durch Auschwitz diskreditiert hat? Zweifel könnten kommen, wenn man die gegenwärtige (seit 1986) **Historikerdebatte** in Deutschland bedenkt, in der es um das Selbstverständnis der BRD geht. Beide Seiten betonen zwar die Westorientierung, aber die Neokonservativen stellen die Frage, ob die Option für den Westen nicht auch in einem erneuerten nationalen Bewusstsein begründet sein muss. Sie meinen, es müsse „zustimmungsfähige Vergangenheiten“ geben. Darunter verstehen sie nationalgeschichtliche Kontinuitäten, die auch durch die 30er und 40er Jahre hindurchreichten. Dadurch erhielte die NS-Periode ein Stück Normalität und die heutige Generation könnte sich ihr gegenüber distanzierter und freier verhalten. Kritiker dieser Position machten geltend, dass bei dieser Betrachtung die historische Wahrheit auf der Strecke bliebe, also gerade die Kontinuitäten, die erst Auschwitz möglich gemacht haben. Somit wird die deutsche Geschichte entschärft.

Heute sind nun einige Erben der Opfer oder derer, die Widerstand geleistet und den Gezeichneten geholfen haben. Andere sind Erben der Täter oder derer, die stillgehalten haben.
Diese geteilte Erbschaft begründet für die Nachgeborenen weder persönliches Verdienst noch Schuld.
In die Lebensform, in die wir hineingeboren worden und die unsere Identität geprägt haben, übernehmen wir ganz verschiedene Sorten geschichtlicher Haftung. *(nach Karl Jasper)*

Auschwitz hat die Bedingungen für die Kontinuität geschichtlicher Lebenszusammenhänge verändert.

Es gibt übrigens ein merkwürdig archaisches Gefühl der Scham hinsichtlich des Überlebens einer Katastrophe. Das war auch an KZ-Überlebenden zu beobachten. Daraus lassen sich Fragen ableiten: ***„****liegt nicht in jeder moralischen Katastrophe ... auf unser aller Überleben der Fluch des bloßen Davongekommenseins? Und begründet nicht die Zufälligkeit des unverdienten Entrinnens eine intersubjektive Haftung – eine Haftung für entstellte Lebenszusammenhänge ... vorenthaltene Lebens und des Leidens der anderen ?.*

Walter Benjamin hat übrigens diese Gedanken in seinen „Geschichtsphilosophischen Thesen“ vorweggenommen *„Es ist niemals ein Dokument der Kultur, ohne zugleich ein solches der Barbarei zu sein. Und wie es selbst nicht frei ist von Barbarei, so ist es auch der Prozess der Überlieferung nicht, in der es von einem zum anderen gefallen ist**“.***

Der **Nationalismus**, wie er sich Ende des 18. Jh. in Europa entfaltete, ist eine spezifisch moderne Erscheinungsform der kollektiven Identität.
Die Masse der freigesetzten Menschen wird politisch Bürger, ökonomisch Arbeitskraft, militärisch Wehrpflichtige und kulturell Schulpflichtige.
Die neuen Ideen entstammen einem von Kirche und Religion unabhängigen Erbe. Dafür bietet sich der jeweilige Nationalismus an, der aus der Französischen Revolution hervorgegangne demokratische Nationalstaat bleibt das Modell.

Die Form der nationalen Identität führt dazu, dass jede Nation sich in einem Staat organisiert. Staaten mit national homogene Bevölkerung blieb aber Fiktion. Der Staat selber erzeugte autonomistische Bewegungen, die sich als unterdrückte Minderheiten verstanden.

Erst der integrale Nationalismus, der sich in Figuren wie Hitler und Mussolini verkörperte, hat die prekäre Balance zerstört und

den nationalen Egoismus aus der Bindung an die universalistischen Ursprünge des demokratischen Verfassungsstaates vollends gelöst.

Dieser Schock bewirkt im heutigen Geschichtsbewusstsein eine vom Nationalismus erschütterten kollektiven Identität.

Rolf Sternberger hat nun einen gewissen **Verfassungspatriotismus** als identifizierendes Element entdeckt. Dabei ist aber heute zu bedenken, dass durch die kapitalistische Weltökonomie und die nuklear gerüsteten Supermächte es zu Souveränitätseinbußen der Nationalstaaten kommt.

= *Hegel* hat in seiner „Rechtsphilosophie“ noch vom sittlichen Moment des Krieges und der Pflicht des Einzelnen, sich dem Risiko durch Aufopferung des Eigentums und des Lebens auszusetzen, gesprochen . Der Nationalstaat beerbt die antike Pflicht, fürs Vaterland zu sterben. Dieser Gedanke ist besonders von der rüstungstechnologischen Entwicklung nicht mehr zu halten, denn die Waffe wirkt zurück.

= *Hannah Arendt* hat in den Lagern den tiefsten Wesenzug des letzten Jahrhunderts gesehen: Vernichtungslager, Internierungs- und Flüchtlingslager, Durchgangslager für Emigranten, Vertriebene, Fremdarbeiter und Asylanten. Die damit verbundenen Bevölkerungsverschiebungen hat kein Land verschont; aber, sie sind zugleich auch Anstoß für **Lernprozesse,** die eigene Lebensform in diesem Kontext zu relativieren.

= Massenkommunikation und Massentourismus verändern auch die auf den Nahbereich zugeschnittene Gruppenmoral. Sie öffnen den Blick – und stumpfen ihn zugleich auch wieder ab. Feindbilder und Stereotype, die das Eigene gegen das fremde Andere abschirmen, werden unzuverlässiger. Denn es wird das Recht auf Gleichbehandlung und Koexistenz aller eingeklagt.

= Die Wissenschaften verändern sich, es geht um die internationale Integration auch der Geisteswissenschaften. So fördern sie auch die Problematisierung des Geschichtsbewusstsein im Sinne von Identitätsbildung und Sinnstiftung.

Sören Kierkegaard - obwohl Zeitgenosse der nationalen Bewegungen , spricht nicht von kollektiven Identitäten, sondern von der ***Identität der einzelnen Person.*** *Im Entweder – Oder konzentriert er sich auf den Einzelnen, der die Verantwortung für seine Lebensgeschichte übernimmt, die ihn „zu dem macht, was er ist“. „Jedes Individuum trifft sich zunächst an als das geschichtliche Produkt zufälliger Lebensumstände, aber indem er sich selbst als dieses Produkt wählt, konstituiert sich erst ein Selbst ...“*
Hier wird unter den Voraussetzungen der kantischen Ethik gedacht. Er kommt also zum Begriff der persönlichen Ethik auf dem Hintergrund einer radikalen Innerlichkeit.
Aber wie müssen Gruppenidentitäten beschaffen sein, die Kirkegaards Typos der Ich-Identität ergänzen und stabilisieren? Der Verfassungspatriotismus hat den Vorteil, da hier Kultur und staatliche Politik deutlicher voneinander getrennt sind.

Das bedeutet im historischen Zusammenhang für die Nachgeborenen eine intersubjektive Haftung. Das wird problematisch (heute) angesichts der Opfer (aus der Zeit des letzten Kriege). Wie weit steht es mit der **historischen Haftung ?**

Tragen wir angesichts unserer weitergegebenen Lebensformen heute nicht auch eine größere Verantwortung? Kirkegaard spricht davon, dass der ethisch verantwortlich Lebende ein „Redakteur“ sei, er übernimmt also die Verantwortung dafür, was er aus seiner übernommenen Lebensgeschichte fortan macht.

Auf die Mentalität einer Bevölkerung lässt sich die **existenzphilosophische Begrifflichkeit** vom Eigentlichen und Uneigentlichen nicht so einfach übertragen.

Wie vollzog sich die **Westorientierung der BRD** ?
Machtpolitisch wurde sie in Jalta und Potsdam eingeleitet und ..

„.. *sie traf in der westdeutschen Bevölkerung von Anbeginn auf eine weitverbreitete prowestliche Grundstimmung, die sich aus dem radikalen Scheitern der NS-Politik und dem abstoßendem Erscheinungsbild des sowjetischen Kommunismus nährte“* (*D. Thränhardt*)

Aber es stellt sich die Frage: Was es bloße Anpassung oder intellektuelle Neuorientierung? Diese politischen Streitfragen wurden aber erst in den 60er Jahren der Intellektuellen und revoltierenden Studenten und neuen sozialen Bewegungen gestellt. Diese berührten den bisherigen antitotalitären Konsens, der bisher in der Ablehnung von Kommunismus und UdSSR stand; über die antiautoritären Studenten wurde der Antifaschismus deutlich in den öffentlichen Diskurs gebracht. Die negativ besetzte und global ausgeklammerte NS-Periode wurde ambivalent diskutiert, wie Wiedergutmachung, Aufarbeitung, Verjährung und Auschwitz.
Prinzipien des Verfassungsstaates wurden durch ihn selber gefährdet: Spiegel-Affäre, Springer-Kampagne, Berufsverbote, Asylantendiskussion. Ambivalent die Politik der Schutzmacht USA: Totalität in Vietnam; Nachrüstung statt Entspannung.

Die **Historikerdebatte** zeigte auf, dass es den Neokonservativen darum ging, die NS-Periode als eine normale und distanzierte Vergeschichtlichung zu betrachten, also ein Art **Diskretion gegenüber der eigenen Geschichte.**

Dazu *Ralf Dahrendorf* 1987 auf dem Hintergrund der Historikerdebatte: *„Im wohlwollenden Schutz des breiten Schattens, den der Bundeskanzler wirft, hat eine Identitätssuche begonnen, zu der vor allem der Wunsch nach ungebrochener Kontinuität gehört..“*

Wer also heute sich mit einem „Sowohl –Als - auch“ begnügt, wiegelt ab. *Kirkegaards* ***Entweder – Oder*** bezieht sich auf die bewusste Übernahme eines Stückes Geschichte.

2. Aus der Geschichte lernen?

Jürgen Habermas, 1994 Ev. Akademie Wittenberg

Die FAZ fragt 1993: *„Wie lange soll es dem steinernem Gast aus der Vergangenheit noch gestattet sein, für alle Zukunft und alle Vergangenheit über Bürgertugend und Vaterlandsliebe ein Veto zu werfen?“*

Für *Cicero und Machiavelli* bildete die Geschichte die Quelle exemplarischer Begebenheiten. *„Lernen kann man nur aus einer Geschichte, die sich wiederholt; und nur die können aus ihr lernen, die sich in ihrer Natur ähnlich bleiben.“*
Hegel zog die fatalistische Lehre daraus, dass für die Handelnden alle Lehren zu spät kommen;
Marx, dass sie künftigen Generationen zur Lehre dient, *„dass sie in Zukunft zu Subjekten ihrer eigenen Geschichte (sich) emanzipieren können.“*
Ranke *„Der geschichtlich gewachsene Lebenszusammenhang der Völker kennt Blüte und Verfall, aber keinen Fortschritt. Deshalb kann und soll das historische Verstehen nicht zu Interventionen anleiten. Gleichwohl behält auch die kontemplative Vergegenwärtigung des Ungleichzeitigen einen mittelbaren Bezug zur Praxis insofern, als der historisch gebildete Geist lernt, die eigene Welt im Spiegel fremder Welten, also sich selbst im anderen, zu erkennen.“*

Die Hermeneutik (Auslegung und Erklärung“ formuliert:
„Das Verstehen des Historikers ist gewiss immer schon überholt durch den Überlieferungszusammenhang, der die hermeneutische Ausgangssituation und damit das Vorverständnis des Historikers bestimmt. Aber deshalb vollzieht sich durch das historische Verstehen hindurch zugleich die Fortbildung der angeeigneten Tradition.“

Das Problem bei den entstehenden Tautologien (Wiederholung bereits Gesagtem) besteht darin, dass weniger aus den Begebenheiten gelernt wird, sondern vielmehr aus den als dogmatisch autorisierten Texten.

Übertragen auf die Zeit nach der Wende (1989) zeigt sich die Schwierigkeit, dass es nicht möglich ist, die Erfolgsgeschichte der BRD auf die verwüstete DDR in „blühende Landschaften“ zu wiederholen.

„Die Geschichte bleibt Quelle von etwas Wissenswertem, weil wir ihr nach wie vor Maßstäbe und Werte, so scheint es, entnehmen können.“ - „Das ist merkwürdig, weil wir normalerweise aus negativen Erfahrungen, eben aus Enttäuschungen, lernen. Enttäuschungen sind es, die wir in Zukunft zu vermeiden suchen. Das gilt für die kollektiven Schicksale der Völker nicht weniger als für die individuellen Lebensgeschichten – und deren Kindheitsmustern.“ - „Aus tragenden Traditionen lernen wir stets auf unauffällige Weise; die Frage ist aber, ob wir auch aus jenen Begebenheiten lernen können, in der sich das Versagen von Traditionen spiegelt. ...Wenn die Geschichte überhaupt als Lehrmeisterin taugt, dann als eine kritische Instanz, die uns nicht zur Nachahmungen, sondern zur Revision herausfordert.“

Für meine Generation war das Jahr **1945** solch augenöffnendes Datum, **es hat im Rückblick Aufstieg, Fall und Verbrechen des Naziregimes enthüllt.** Davor stand eine Kette von kritischen Begebenheiten, die das **Scheitern einer kulturell hoch entwickelten Bevölkerung offenbar machte**. Das begann bereits 1914, wo der irrationale Unterstrom große Teile der deutschen Bevölkerung erfasst hatte, sie waren gegen die Ideen der Französischen Revolution von 1789 (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit). Also gegen Demokratie und Rechstaat – rassische und antisemitische Stereotype gelangen ins Bürgertum.

Wenn heute (1994) der Vorsitzende der größten Bundestagsfraktion die rechtstaatliche Trennung von Armee und Polizei infragestellt, wenn der Generalsekretär der CDU und der bayrische Ministerpräsident fremdenfeindliche Ressentiments schürt, rührt wieder an solche Traditionen.

Ein weiteres Datum ist das Jahr **1989.** Es ist das Jahr der Zäsur für alle, die den Aufstieg, Fall und Verbrechen des Sowjetregi-

mes betrifft. Hier hinter steht ein beispiellos unverantwortliches Menschheitsexperiment.

Wie wird eines Tages über das geurteilt, was heute im Namen des Neoliberalismus als Globalisierung genannt wird? *„Die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ausgebaute Internationale Wirtschaftsordnung scheint nicht einmal in der Lage zu sein, innerhalb der OECD-Gesellschaften die wachsende Arbeitslosigkeit oder wenigstens die Obdachlosigkeit zu steuern, geschweige denn die wachsenden Disparitäten zwischen den insgesamt wohlhabenden Ländern und dem verelendeten, weiter verelendenden Rest der Welt wenigstens in Grenzen zu halten.“*

Auf die Frage „**Lernen aus der Geschichte“** gibt es keine theoretisch befriedigende Antworten.
Die Geschichte mag allenfalls kritische Lehrmeisterin sein, die uns sagt, wie wir es nicht machen sollen. Als solche meldet sie sich nur zu Wort, wenn wir uns eingestehen, versagt zu haben.

Um aus der Geschichte zu lernen, dürfen wir ungelöste Probleme nicht wegschieben, verdrängen; wir müssen uns für kritische Erfahrungen offen halten.

Wenn wir aus der Geschichte lernen wollen, stoßen wir immer wieder auf enttäuschte Erwartungen. Diese werden durch Infragestellung des Gegenwärtigen an den Problemen sichtbar.

3. Verhältnis Historie und Politik in Deutschland nach 1945

Heinrich August Winkler, 26.3.04 Symposium HH

Das Jahr **1945** war die tiefste Zäsur in der deutschen Geschichte. 1918 konnten die alten Eliten ihren Einfuß wahren, die militärische Niederlage wurde vom Großteil der Bevölkerung nicht akzeptiert. Die Kriegsschuldfrage wurde nicht diskutiert. Am 8. Mai 1945 ging nicht nur Hitlers „Dritte Reich“ unter, sondern auch das von Bismarcks Reich von 1871.

„Gegen Ideologie und Politik des Nationalsozialismus, in dessen Katastrophe zugleich auch das Reich untergegangen war, musste der neue Staat eingerichtet werden. Gegen die Mehrheit des Volkes konnte er schwerlich eingerichtet werden“
Damit meinte Hermann Lübbe (1983) nicht Verdrängung, sondern das „**kommunikative Beschweigen**“. Es gab ein Beschweigen in bezug auf bestimmte Kapitel der eigenen Biographie und auf die des „Nächsten“. Die private Diskretion ging einher mit der öffentlichen Verurteilung des NS-Regimes durch den Staat, Medien und die beginnende wissenschaftliche Aufarbeitung. Es bestand eine Weigerung, sich mit der eigenen Vergangenheit auseinander zu setzen. In vielen Nachkriegskarrieren schlug das in Verdrängung um. Und wer sich öffentlich zum „Dritten Reich“ bekannte, verletzte ein deutsches Tabu. Doch das machte auch der, der bohrende Fragen zur Verantwortung stellte.
Erst 1955 fand sich in der Habilitationsschrift von *Karl Dietrich Bracher „*Auflösung der Weimarer Republik“ der erste große kritische Analyse des Untergangs der WR.

Das Bemühen um Aufarbeitung galt bis dahin nicht der 1848er Revolution und WR, sondern dem konservativen Widerstand gegen Hitler. Also mit den Verschwörern vom 20. Juli 1944 und Carl Goerdeler, alle in der Tradition Preußens. Das wurde noch von Theodor Heuß in seiner Rede am 19. Juli 1954 unterstrichen. Dabei blieb ungesagt, dass die Männer des 20. Juli in der Mehrzahl keine Demokraten waren und dass die meisten Hitlers Krieg auch als der ihre gewesen war. Der Widerstand gegen Hitler wurde von Eliten geführt, die die erste Republik (WR) bekämpft hatten!

Das führte nach Heuss Rede dazu, dass Angriffe auf die Männer des 20. Juli zugleich als Angriffe auf die Staaträson der BRD wahrgenommen wurden. Heuss Rede entlastete also die konservativen Kräfte, die zur Zerstörung der WR beigetragen hatten und so auch für die Machtübertragung an Hitler mitverantwortlich waren. Symbolisch enthob die Selbstopferung Stauffenbergs der Scham an den begangenen Verbrechen.

Heuss Ansprache machte den 20. Juli zum Gründungs-mythos der BRD, als Antwort auf den antifaschistischen Mythos in der DDR.

Aus seiner Übersteigerung und der Ausnutzung der sozialen Not nach dem I. Weltkrieg gewann der Nationalsozialismus, der über die ganze Welt namenloses Elend brachte.

Lernen aus der Geschichte?

Für Adenauer war ein wiedervereinigtes Deutschland nur unter Westbindung denkbar Die SPD wollte sich von dem Vorwurf befreien, bei ihnen seien nationale Belange nicht gut aufgehoben. Adenauer hatte so keine „nationale Opposition von rechts. Sondern eine demokratische, antikommunistische und nationale Opposition von links.

Zwischen 1949 – dem Jahr der Gründung von BRD und DDR und 1989 – dem Jahr des Mauerfalls - lag mit dem 13. August 1961, dem Tag es Mauerbaus eine tiefe Zäsur. Es bedeutete eine Verfestigung der deutschen Teilung. Das Ziel der Wiedervereinigung rückte nicht nur in weite Ferne, es zwang zum Umdenken in allen beide Staaten betreffende Fragen.

1966 setzten sich dann jüngere Historiker (*u.a. Hans Momsen*) kritisch mit den innen- und außenpolitischen Vorstellungen der konservativen Opposition gegen Hitler auseinander. Dadurch wurde zugleich der Grunddungsmythos der BRD erschüttert (*u.a. Ralf Dahrendorf*).
Die darauf hin beginnende politische Diskussion verlief nicht nach dem Rechts-Links-Schema, denn als einer der ersten stellte *Franz Josef Strauß* 1966 das Staatsziel der Wiedervereinigung in frage. Es ging um die Europäisierung der deutschen Frage. Linkskonservative forderten dazu auf, den Provisoriumsvorbehalt aufzugeben.
Zu einem **„neuen Realismus**“ kam es dann 1969 durch die Bildung der sozialliberalen Regierung unter *Willy Brandt und Walter Scheel. Brandts* Formel „**Zwei Staaten eine Nation“.**

Also Vorrang der Nation vor der Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates.

„100 Jahre Deutsches Reich – das heißt nicht einmal Versailles, sondern zweimal Versailles, 1971 und 1919, und das heißt auch Auschwitz, Stalingrad und bedingungslose Kapitulation von 1945“.
Mit diesen Aussagen 1971 zu „100 Jahre Deutsches Reich“ betrieb Gustav Heinemann bewusst Geschichtspolitik und forderte durch seine Positionierung auch Kritik heraus, gerade Vertreter nationalkonservativer Deutungen. Er half aber den Bundesbürgern, sich der Kultur der westlichen Demokratien zu öffnen.
Zu dieser Zeit trennte sich dann die DDR von dem Begriff der deutschen Nation.
Während das System der BRD innerhalb der Bevölkerung große Zustimmung fand, war das in der DDR nicht der Fall.

Die Einheit der Nation trotz staatlicher Trennung aufrecht zu erhalten blieb das Ziel der Deutschlandpolitik der Bundesregierungen auf der Grundlage der Ostverträge. Der Übergang 1982 in die Kohl-Regierung bedeutete diesbezüglich keine Zäsur. Seine Rhetorik klang nationaler, seine Politik aber war es nicht, er sprach nicht von Wiedervereinigung und wollte kein Zurück zum Nationalstaat vergangener Zeit. Trotzdem löste er mit seinem symbolischen Akt, zum 40. Jahrestag der Kapitulation mit dem US-Präsidenten Ronald Reagan den Soldatenfriedhof Bitburg in der Eifel, auf dem neben den Wehrmachtsangehörigen auch Angehörige der Waffen-SS lagen, zu besuchen, internationale Proteste aus. Diese Geste wurde als Kontrapunkt zum weltweit beachteten Kniefall Brandts 1970 am Warschauer Getto empfunden.

Als Gegengewicht zu Bitburg sorgte dann die Rede des Bundespräsidenten *Richard von Weizsäcker* am 8. Mai 1985:
„Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ...

Wir dürfen den 8. Mai nicht von dem 30. Januar 1933 trennen. ...Wir haben allen Grund, den 8. Mai 1945 als das Ende eines Irrweges Deutscher Geschichte zu erkennen, das den Kern der Hoffnung auf eine bessere Zukunft barg“.

Ein Jahr nach seiner Rede konfrontierte der „Historiker“ *Ernst Nolte* die Öffentlichkeit in der FAZ mit der Behauptung, „Auschwitz sei nur die verzerrte Kopie des ursprünglichen Verbrechens, des stalinistischen „Archipel Gulag“ gewesen geboren aus der Angst vor der Vernichtung durch den Bolschewismus“

Noltes prominentester Kontrahent in dem beginnenden **Historikerstreit** war *Jürgen Habermas:*
„Die vorbehaltlose Öffnung der BRD gegenüber der politischen Kultur des Westens ist die große intellektuelle Leistung unserer Nachkriegszeit, auf die gerade meine Generation stolz sein könnte.... Der einzige Patriotismus, der uns dem Westen nicht entfremdet, ist ein Verfassungspatriotismus. Eine in Überzeugungen verankerte Bindung an universalistische Verfassungsprinzipien hat sich leider in der Kulturnation der Deutschen erst nach – und durch – Auschwitz bilden können“.

Daraus formierte sich die „posthumen Adenauerschen Linken“, deren Sprecher *Oskar Lafontaine* 1988 den Neokonservativen vorwarf, dass sie nicht eingestehen wollten, „dass die BRD ihre Wurzeln auch in Auschwitz habe“.

Diese „Linke“ verneinte die Wünschbarkeit eines neuen deutschen Nationalstaates und begründete es auch nicht nur mit dem Gleichgewicht zwischen West und Ost, das durch eine Wiedereinigung gestört würde, sondern mit dem Verbrechen des Nationalsozialismus, namentlich dem Holocaust. Dieser wurde erst in den 80er Jahren zentrales Ereignis jüngerer deutscher Geschichte wahrgenommen.
Ein Jahr nach Lafontaines Thesen fiel die Berliner Mauer und so gelangte unterwartet die deutsche Einheit wieder auf die Tagesordnung.

Willy Brandt antwortete diesen „Linken“ 1990:
„Noch so große Schuld einer Nation kann nicht durch eine zeitlos verordnete Spaltung getilgt werden“.

In den folgenden Diskussionen hieß es, „*Die Ermordung der europäischen Juden und die Spaltung Deutschlands waren keine vergleichbaren Ereignisse“,* also keine Ableitung des einen von dem anderen Ereignis; aber es gab zugleich Anlass*,* **über den Nutzen und Nachteil einer politischen Beanspruchung von Geschichte nochmals nachzudenken.**

Aus *Hegels* „Vorlesungen über die Philosophie der Weltgeschichte“ stammt der Satz:
„Was die Erfahrung aber und die Geschichte lehren, ist dieses, dass Völker und Regierungen niemals etwas aus der Geschichte gelernt und nach Lehren, die aus derselben zu ziehen gewesen wären, gehandelt haben“.
Hegels Äußerung muss sicherlich zuerst als Warnung verstanden werden, weniger als geschichtliche Analogie, wie es eigentlich die deutsche Geschichte nach 1945 zeigt. Es gab in der Zeit nach dem II. Weltkrieg erfolgreiche Lernprozesse, so die Überwindung des Vorurteils über die westlichen Demokratien.

Die Gefahr seit den 80er Jahren bezüglich der deutschen Geschichte liegt in der Verkürzung des historischen Horizonts, gewissermaßen ein zweipoliges Geschichtsbild, der negative Pol mit Drittem Reich und dem Holocaust – und der positive mit der Erfolgsgeschichte der BRD.

Die Geschichte von Rechtsstaat, Bundesstaat und Sozialstaat reicht aber bis ins 19. Jh. hinein. Also es gehört dazu*:* **kritische Aneignung der gesamten deutschen Geschichte.**
Aber so gehört auch nicht dazu, was die Psychoanalyse „pathologische Lernprozesse“ nennt: **Instrumentalisierung von Auschwitz für tagespolitische Zwecke.**
Zum Lernen aus der Geschichte gehört auch, das „falsche“ Lernen abzuwerfen.

Also nichts in die Geschichte hineininterpretieren, das Gegenwartsinteressen dient.

Alle Geschichte ist eine Geschichte von Kämpfen um die Deutung von Geschichte, sagten *Marx und Engels.*

In der **Geschichtspolitik** (Begriff seit 1986 aus dem Historikerstreit) geht es darum, die eigene Deutung durchzusetzen. Ergebnis von Deutungskämpfen ist ein breiter Konsens. Ohne einen Minimalkonsens bezüglich der eigenen Geschichte könnte eine Demokratie nicht bestehen.

Nach der Epochenwende 1989/91 sprach ein amerikanischer Philosoph vom „Ende der Geschichte“. Viel spricht für die Gegenthese: **Wiederkehr der Geschichte**. Denn gerade erlebt das **östliche Europa eine Renaissance der Nationalismen**. Auch in **Westeuropa** findet nach dem Ende des West-Ost-Konfliktes eine **Renationalisierung** statt.

Die alte BRD verstand sich in der Spätphase als eine **postnationale Demokratie unter Nationalstaaten** (*Karl Dietrich Bracher 1976)* .
Das trifft auf das wiedervereinigte Deutschland nicht mehr zu: Er ist ein **postklassischer Nationalstaat unter anderen, festeingebunden in den supranationalen Staatenverbund der EU.**
Die Deutschen hatten ihren ersten Nationalstaat ruiniert, das gibt ihnen aber nicht das Recht, anderen Nationen ihr Recht auf ihren z.T. viel älteren Nationalstaat abzusprechen und ihnen eine postnationale Identität anzusinnen.

Europa wird nicht gegen die Nationen und Nationalstaaten gebaut, sondern mit ihnen. Die EU will die Nationen nicht überwinden, sondern überwölben.
Die Deutschen müssen nicht nur ihre Geschichte, sondern auch die der anderen europäischen Nationen kennen. Dann werden sie auch verstehen, dass manche deutsche Vorstellungen bei ihnen mehr Misstrauen statt Zustimmung hervorrufen.

Die Vertiefung des europäischen Einigungsprozesses, die hinter der Erweiterung der EU dramatisch zurückblieb, verlangt Einsicht in das, was Europäer kulturell verbindet – und auch das, was sie lange getrennt hat.
Wir sind durch die Geschichte geprägt, ohne Kenntnis der Vergangenheit bleibt die Gegenwart ein Buch mit sieben Siegeln. Aus der Geschichte lässt sich keine politische Nutzanwendung, wohl aber Orientierung gewinnen.

Schönkirchen, 31.03.05 HHR